

# Landgemeinden dürfen nicht wachsen

**Metrobasel** Ohne teilweisen Verzicht auf Siedlungs-Wachstum und Gemeindeautonomie bleibt die Raumplanung der Agglomeration Basel eine Sammlung guter Absichten



Blick auf Hüftenschanze und H2-Baustelle: Siedlungsentwicklung im Oberbaselbiet erfordert neue Strassen in Richtung Basel.

ARCHIV/MARTIN TÖNGI

VON DANIEL HALLER

«Ausser Spesen nix gewesen», wird man 2035 sagen, wenns weiter so läuft wie bisher: Man plant zwar mit viel Aufwand, dass vor allem die Kernstadt Basel und inneren Korridore – also die Agglomeration entlang der S-Bahn- und Tramlinien – wachsen sollen. Real aber nimmt die Bevölkerung in den Gemeinden an der regionalen Peripherie stärker zu. Das Volk beschliesst mit grosser Mehrheit auf Bundesebene, man solle endlich aufhören, die Landschaft zu zersiedeln. In der Praxis aber baut man das Häuschen am liebsten da, wo es grün und das Bauland bezahlbar ist. Die Folge sind verstopfte Pendlerzüge und Staus auf den Strassen.

Planern sind diese Widersprüche bewusst. Es blieb aber dem bereits mehr oder weniger als überflüssig abgeschrieben Thinktank Metrobasel überlassen, die politisch unbequemen Konsequenzen auf den Punkt zu bringen: Was wäre nötig, wenn man den politischen Willen aufbrächte, nicht fürs planerische Poesiealbum Spesen zu verursachen, sondern die Entwicklung so zu steuern, dass aus der Planung greifbare Realität wird? Die Antwort sieht un-

ter anderem Abstriche bei der Gemeindeautonomie oder die Umgestaltung des Finanzausgleichs vor.

## Nicht-Entwicklungsgebiete

Rein planerisch ist die Studie zu «Siedlungs- und Verkehrsentwicklung – bestehenden Visionen und deren Realisierbarkeit», die Metrobasel am Montagabend vorstellte, eine Zusammenfassung kantonaler Richtpläne und ihrer entsprechenden Instrumente in Südbaden und im Elsass sowie des Zukunftsbilds des Agglomerationsprogramms Basel. Deren Auswertung führte zu expliziten Aussagen, die zwar in den Plänen enthalten sind, aber bisher in dieser Schärfe nicht diskutiert wurden: Künftig muss man unterscheiden zwischen Entwicklungsräumen und Nicht-Entwicklungsräumen. Entwicklungsgemeinden müssen Bevölkerungswachstum aufnehmen und deshalb deutlich dichter bauen.

Dafür seien vor allem Aufzonungen oder Umzonungen erforderlich. Neueinzonungen von Bauland seien

hingegen nur wenn nötig und dann vor allem in stadtnahen Gebieten vorzunehmen. In den Nicht-Entwicklungsgebieten müssen die Gemeinden dagegen auf ein Flächen-Wachstum verzichten.

## Konflikt mit Gemeindeautonomie

Dem steht die klassische Gemeindeautonomie entgegen. Wenn diese «insbesondere auf der planungsrechtlichen Ebene unangetastet bleibt», meint Metrobasel, «ist damit zu rechnen, dass jede Gemeinde ein grundlegendes Interesse daran hat, mindestens den Besitzstand zu wahren. Im Normalfall wird versucht zu prosperieren und damit Wachstum (an Einwohnern oder Arbeitsplätzen) anzustreben.»

Deshalb müsse man, um die Ziele zu erreichen, «eigenständige Planungskörperschaften» schaffen. Diesen müsse man «zwingend gewisse hoheitliche Befugnisse der bisherigen Gebietskörperschaften» wie Gemeinden, Kantone, Landkreise (D) oder Cantons (F) übertragen. Metrobasel

verweist auf Regionalmodelle wie in Hannover oder Stuttgart. Diese seien aber wohl nicht so schnell auf die Schweiz übertragbar.

## Für Landschaft entschädigen

Die Nicht-Entwicklungsgemeinden müssten für ihren Verzicht entschädigt werden. Metrobasel stellt fest, der Finanzausgleich sei bisher «ein reines Finanz- und Lastenausgleichsinstrument ohne direkten Bezug zur räumlichen Entwicklung oder anderen Leistungen übergeordneter Bedeutung». Stattdessen müsste man den Finanzausgleich mit Leistungsvereinbarungen koppeln und Gemeinden beispielsweise dafür entschädigen, wenn sie Landschaft freigehalten, oder Freizeit- und Erholungsflächen bereitstellen.

Ergänzend dazu könnte sich Metrobasel auch Flächennutzungszertifikate vorstellen. Wer bauen will, müsste solche handelbare Papiere erwerben – analog zu den CO<sub>2</sub>-Zertifikaten bei der Luftverschmutzung. Dieses Instrument gebe es in Europa noch nicht, aber in den USA funktioniere es. Wenn man es entsprechend ausgestalte, könne man die regionale Entwicklung damit steuern.

## Vorwürfe gegen Chefmediziner sind unbegründet

VON BORIS BURKHARDT

**Ermittlungen** Die Staatsanwaltschaft Baselland hat die Ermittlungen gegen insgesamt acht Personen im kantonalen Gesundheitsdienst, unter anderem Kantonsarzt Dominik Schorr, Kantonsapotheker Hans-Martin Grünig sowie Claudine Aeschbach, Leitende Ärztin der Ambulatorien für Abhängigkeitserkrankungen, eingestellt. Wie die Staatsanwaltschaft gestern mitteilte, sei keiner der Straftatbestände erfüllt, die ihnen die ehemals medikamentenabhängige 36-jährige Reinacherin Danolja Brandt vorgeworfen hatte.

## Opiatabhängige klagt Ärzte an

Brand war ab 2005 wegen starker Rückenschmerzen in Opiatebehandlung; sie gibt den Ärzten die Schuld an der sich entwickelten Abhängigkeit, die sie bis 2011 zum «Junkie» werden liess. Ausserdem seien Behandlungsprotokolle nachträglich verändert worden (die bz berichtete). Die Beschuldigungen Brandts richteten sich auch gegen den zwischenzeitlich verstorbenen Gesundheitsdirektor Peter Zwick, der seine Aufsichtspflicht verletzt habe.

Die Staatsanwaltschaft teilt nun mit, dass alle Tatvorwürfe «umfassend auf ihre strafrechtliche Relevanz hin geprüft» wurden, sie jedoch «in keiner Weise erfüllt» seien: «Die von der Anzeigerstatterin teilweise auch öffentlich in Medien und Blogs geäusserten Vorwürfe zulasten der betroffenen Personen treffen nicht zu.» Auf Nachfrage will Thomas Lysy, Sprecher der Staatsanwaltschaft, nichts zum Inhalt der Ermittlungen sagen und schliesst dies auch für die Zukunft aus. Die Staatsanwaltschaft habe sich in dieser Sache überhaupt nur an die Öffentlichkeit gewandt, «um die zu Unrecht Beschuldigten zu rehabilitieren».

## «Der grösste Justizskandal»

Für Brandt selbst ist der Entscheid der Staatsanwaltschaft «der grösste Justizskandal». Die Einstellung der Ermittlungen ist aus ihrer Sicht klar politisch motiviert; die Beschwerde beim Kantonsgericht habe sie bereits eingereicht. Brandt gab im Gespräch mit der bz gestern bekannt, dass sie bereits im April die Einsetzung eines Ausserordentlichen Staatsanwaltes gefordert habe. Der Ersten Staatsanwältin Angela Weirich warf sie demnach vor, die Ermittlungen absichtlich zu verschleppen, was diese wiederum vehement bestreitet, wie Dokumente belegen, die der bz vorliegen. Ausserdem, so Brandt, sei sie von einem Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft «massiv bedroht» worden. Dazu besitze sie Beweise, die sie in Kürze auf Youtube veröffentlichen werde.

Vor zwei Wochen traf sich Brandt mit Justizdirektor Isaac Reber und dessen Generalsekretär Stephan Mathis persönlich zum Gespräch. Weder Reber noch Mathis äusserten sich bis gestern Abend auf Anfrage der bz zu diesem Fall.

## Reaktionen auf die Wachstums-Studie von Metrobasel

### Martin Sandtner

Leiter des Planungsamtes Basel-Stadt

Der ganze Kanton **Basel-Stadt** ist Entwicklungsgebiet. Der Richtplan sieht vor, dass die **Bevölkerung bis 2030 von heute 193 000 auf 200 000 wachsen** wird. Dies heisst, dass die Stadt von den zusätzliche 60 000 bis 200 000 Bewohnern, die der Metropolitanraum Basel (inklusive Elsass und Landkreis Lörrach) gemäss Metrobasel bis 2035 aufnehmen wird, rund 10 Prozent verkraften soll. Wo sollen diese wohnen? «Wir sind daran, Wohnraum zu schaffen», erklärt Sandtner, und zählt Projekte wie den **Claratum** am Riehenring, die **Überbauung Grenzacher Strasse** oder an der Giornicostrasse auf dem **Bruderholz** auf. «Hinzu kommen die **mit der Modernisierung des Hafens frei werdenden Areale am Rhein.**» (DH)

### Martin Kolb

Kantonsplaner Baselland

Kolb erklärt, die **regionalen Raumplanungsinstrumente** seien Teil des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes, welches das Volk im März angenommen hat. Aber neue Institutionen mit **hoheitlichen Befugnissen** bezeichnet er als **«Wunschdenken»**. Doch Modelle, wie sie derzeit in der Birsstadt erprobt werden und wie sie das Fricktal und das Glattal (ZH) erleben, zeigen, dass Gemeinden **mit einer gemeinsamen Planung mehr erreichen** können. «In einem Workshop Anfang Juni haben wir mit den Gemeinden die Konsequenzen aus dem Raumplanungsgesetz bereits besprochen.» Die Unterscheidung in Entwicklungs- und Nichtentwicklungsgebiete sei für beide Seiten nicht einfach, betont Kolb. (DH)

### Ueli Kräuchi

Geschäftsführer des Verbandes Basellandschaftlicher Gemeinden VBLG

Kräuchi kennt die Metrobasel-Studie noch nicht im Detail, wirft aber Fragen auf: «Braucht es eine **strenge Schwarz-weiss-Trennung** zwischen Entwicklungs- und Nicht-Entwicklungsgemeinden? Gibt es dazwischen nichts?» Und: «Wie gedenkt Basel-Stadt sich am Wachstum zu beteiligen?» Er weist auch darauf hin, dass die Bevölkerung der Agglomerationsgemeinden der **Verdichtung oft ablehnend gegenüber** steht und nicht unbedingt auf Wachstum schiebt. «Eigentlich ist das Ganze bereits im Agglomerationsprogramm enthalten. Was aber trotz aller Workshops fehlt, sind Ideen zur Frage: **Was ist die Strategie für das übrige Kantonsgebiet?**» (DH)

### Patrick Leypoldt

Geschäftsführer des Agglomerationsprogramms Basel

Leypoldt weist darauf hin, dass die Metrobasel-Studie sich eng ans Agglomerationsprogramm anlehnt. «Sie legt unter anderem den Finger darauf, dass man zwar den Agglomerationsgemeinden ein Angebot macht, aber **fürs Umland noch kein Konzept** hat. Ab Herbst arbeiten wir an der 3. Generation des Aggloprogramms und **werden diesen Punkt angehen.**» Die Trennung in Entwicklungs- und Nicht-Entwicklungsgebiete sei zwar im Agglomerationsprogramm enthalten, aber nicht betont worden: «Diese **vertiefte Diskussion muss im Rahmen der 3. Generation** geführt werden, wenn es darum geht, die **Zukunftsvision des Aggloprogramms auf Gemeindeebene zu verankern.**» (DH)

## Reinach: Tram fällt aus

**Gleiserneuerung** Vom 30. Juni bis zum 10. August läuft die Intensivbauphase in Reinach, in der unter anderem die Tramschienen in der Hauptstrasse erneuert und der Knoten Birsigalstrasse/Bruggstrasse/Hauptstrasse zu einem Kreislauf umgebaut wird. Auch die Tramhaltestellen «Reinach Dorf» und «Landererstrasse» werden umgebaut. Für die Bauarbeiten muss der Trambetrieb eingestellt werden. Daher werden von der Haltestelle «Surbaum» bis Aesch Ersatzbusse eingesetzt. Die Arbeitszeit dauert jeweils von 5 bis 22 Uhr. (BZ)